



Für die
Kleinen
daheim!

**Kein Ersatz für
familiengerechte Arbeit!**

ICH BIN MEHR WERT! DGB

Familie und Beruf vereinen ...

Fast jeder Mensch hat Familie und damit eine wichtige soziale Verantwortung: die Erziehung und Fürsorge für den Nachwuchs gehören ebenso dazu wie die Unterstützung und Hilfe für pflegebedürftige Angehörige. Gleichzeitig ist es Frauen wie Männern wichtig, eine Existenz sichernde Erwerbstätigkeit auszuüben, berufliche Perspektiven zu haben und eine Anerkennung ihrer Leistungen zu erfahren. Eltern und Angehörige von Pflegebedürftigen wollen gute Arbeit leisten, ihren eigenen Ansprüchen und denen ihrer Familien gerecht werden. Das können sie unter den gegenwärtigen Bedingungen hierzulande nur schwer oder gar nicht.

... ohne Nachteil für Frauen!

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sollte für Frauen und Männer gleichermaßen gewährleistet sein. Davon ist Deutschland jedoch weit entfernt. Zwar stellen sich zunehmend auch Männer den Familienaufgaben. Aber nach wie vor sind es überwiegend Frauen, die ihre Erwerbsarbeit unterbrechen oder reduzieren, um alles unter einen Hut zu bringen.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie erfordert ein umfassendes in sich stimmiges Konzept!

Verantwortliche in der Pflicht

Beim Thema Vereinbarkeit sehen sich die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft zunehmend zum Handeln verpflichtet. Die Aufgabe der Gewerkschaften ist es, darauf zu achten, dass am Ende das richtige Konzept entsteht: Eine gleichberechtigte Lösung, die Familie und Beruf für Frauen wie Männer vereinbar macht. Der DGB und seine Gewerkschaften sind beteiligt in der „Allianz für Familie“, arbeiten in den „Lokalen Bündnissen für Familie“ mit und sie engagieren sich intensiv für eine verbesserte Situation in den Betrieben durch Tarifpolitik und Betriebsvereinbarungen. Zudem unterstützen sie Betriebsräte z. B. durch Beratungsprojekte und in Netzwerken.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie lässt sich nur bewerkstelligen, wenn sowohl Staat als auch Betriebe in die Verantwortung treten!

Der DGB und seine Gewerkschaften fordern

- die flächendeckende Verfügbarkeit ganztägiger Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für Kinder aller Altersstufen.
- wohnortnahe Beratungsangebote und ein bedarfsgerechtes Angebot von Pflegedienstleistungen.
- familiengerechte Arbeitsbedingungen.

INFORMIEREN UND AKTIV WERDEN!

Weitere Informationen zum Thema Vereinbarkeit und zur Initiative „ICH BIN MEHR WERT“ unter www.dgb-frauen.de

BERUF UND FAMILIE SIND MEHR WERT!

FAMILIENPOLITIK MIT HORIZONT

In der Politik ist die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie angekommen. Der demografische Wandel zwingt zum Umdenken. Doch die Konzepte der Bundesregierung sind noch nicht schlüssig: Ein Jahr Elterngeld, drei Jahre Elternzeit, zehntägige kurzfristige Arbeitsverhinderung und bis zu sechs Monate Freistellung zur Organisation der Pflege. Und was kommt danach? Für den Rest des Erwerbslebens stehen viele Beschäftigte mit Familienaufgaben vor der Frage: Familie oder Beruf?

Wir fordern eine nachhaltige Politik zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

BILDUNGS- UND BETREUUNGSEINRICHTUNGEN FÜR KINDER

Ein flächendeckendes Angebot an ganztägigen bezahlbaren Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für Kinder aller Altersstufen ist die zentrale Voraussetzung der Vereinbarkeit. In Deutschland sieht die Realität jedoch anders aus.

Krippenplätze sind Mangelware

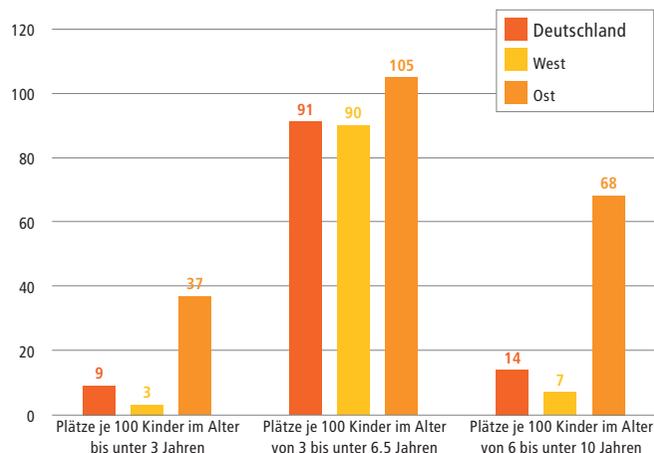
Nur für 10 Prozent der unter dreijährigen Kinder gibt es in Deutschland einen Krippenplatz. Dabei bestehen große Unterschiede zwischen den westlichen und östlichen Bundesländern (siehe Grafik). Und der Rechtsanspruch auf einen Halbtagsplatz im Kindergarten reicht nicht aus.

Betreuungsgeld kein Ersatz

Ab 2013 soll jedes dritte Kind unter 3 Jahren eine Chance auf einen Krippenplatz haben. Das Angebot von 250.000 soll auf 750.000 angehoben werden. Allerdings wurde bereits wieder ein Hintertürchen geöffnet: Eltern, die für ihr Kind keinen Krippenplatz in Anspruch nehmen wollen, sollen ein Betreuungsgeld erhalten. Daran ist erkennbar, wie schwer sich die Politik damit tut, ein klares Konzept zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu etablieren.

Kinderbetreuungsplätze für je 100 Kinder¹

nach Altersgruppen in Deutschland sowie West- und Ostdeutschland



Ganztagschulen notwendig

Mit dem Schulbeginn sind Eltern erneut zu Kompromissen gezwungen, denn Schulen sind in Deutschland weitestgehend Halbtageseinrichtungen. In den westlichen Bundesländern stehen nur für 6 Prozent der Kinder im Grundschulalter Hortplätze zur Verfügung und in den östlichen für gut zwei Drittel (67,6 Prozent)². Für einen Elternteil ist somit bestenfalls eine Teilzeitarbeit möglich, wenn die Eltern über keine privaten Betreuungssysteme verfügen.

So wie es ist, kann es nicht bleiben. Deshalb fordern wir

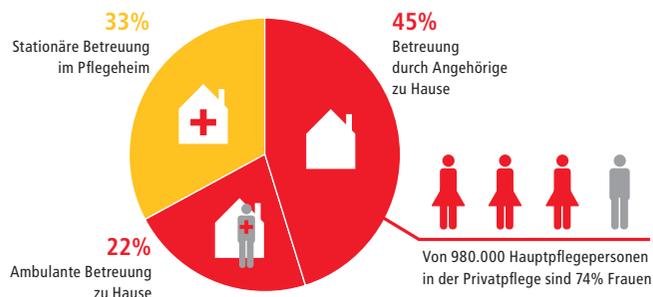
- ganztägige Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für Kinder aller Altersstufen – und zwar mittelfristig beitragsfrei.
- den Erhalt von ganztägigen Kindergartenplätzen im Osten und den weiteren Ausbau im Westen.
- einen zügigen Ausbau der Betreuungseinrichtungen für unter Dreijährige – und zwar ohne Behinderung durch Scheinlösungen wie das Betreuungsgeld.
- den Ausbau von Ganztagschulen.

¹Quelle: WSI Datenreport, 2005

²Quelle: Deutsches Jugendinstitut, Zahlenspiegel, 2005

Pflegesituation in Deutschland³

Von 2,1 Millionen Pflegebedürftigen erhalten



ZEIT UND FLEXIBILITÄT FÜR DIE PFLEGE

Von den gut 2 Mio. Pflegebedürftigen werden etwa 1,4 Mio. in Privathaushalten gepflegt. Studien belegen, dass die Pflege, insbesondere die häusliche Pflege, künftig zunehmen wird. Wer soll diese Pflege leisten, wenn es schon jetzt an Pflegediensten mangelt?

Hauptpflegende sind Frauen

In der Pflegeversicherung besteht der Grundsatz „ambulant vor stationär“. Das heißt, die häusliche Pflege wird gestärkt. Es entspricht auch dem Wunsch vieler älterer Menschen, im Pflegefall in ihrer gewohnten Umgebung zu bleiben. Familienangehörige wollen durchaus Verantwortung übernehmen, wollen und können aber dafür nicht ihre Erwerbstätigkeit aufgeben. Frauen sind davon besonders häufig betroffen: Derzeit sind die Hauptpflegepersonen überwiegend im fortgeschrittenen Alter (54 Prozent zwischen 40 und 64 Jahren) und der Frauenanteil beträgt 74 Prozent. Bei einer durchschnittlichen Pflegedauer von 8,2 Jahren gibt es kaum ein Zurück in den Beruf.

Ambulante Pflegedienste verbessern

Pflegebedürftige und deren Angehörige brauchen ein gut ausgebautes Netz ambulanter Pflegedienste, die qualitativ hochwertige Pflege leisten können. Derzeit geht die Entwicklung in eine andere Richtung: Nur gut 50 Prozent der Beschäftigten in der ambulanten Pflege sind Fachkräfte. Daneben sind nach Schätzungen etwa 100.000 osteuropäische

Frauen arbeitsrechtlich ungeschützt in Privathaushalten mit Pflegebedürftigen beschäftigt. Die Zahl der Pflegebedürftigen ist von 2003 auf 2005 um 4,8 Prozent gestiegen, das Pflegepersonal in Vollzeitstellen gerechnet aber nur um 2,2 Prozent.

Handlungsbedarf für den Staat

Die Schaffung entsprechender gesetzlicher Rahmenbedingungen und der notwendigen Infrastruktur ist Aufgabe des Staates. Die kürzlich beschlossene Pflegereform hat jedoch nur eine Teilantwort auf diese Anforderungen der Vereinbarkeit von Beruf und Pflege gegeben.

Teillösungen reichen nicht aus. Deshalb fordern wir

- wohnortnahe Beratung für Pflegebedürftige und deren Angehörige durch Pflegestützpunkte.
- ein bedarfsgerechtes Angebot von ambulanten, teilstationären und stationären Pflegedienstleistungen mit qualifiziertem und tariflich entlohntem Personal.
- einen Rechtsanspruch auf Arbeitszeitreduzierung für die gesamte Pflegedauer.

VERPFLICHTUNG DER WIRTSCHAFT

Die meisten Betriebe und viele Verwaltungen sind noch nicht auf den besonderen Zeitbedarf von Familien ausgerichtet. Dreh- und Angelpunkt einer familiengerechten Arbeitswelt ist die Arbeitszeit, die Arbeitsorganisation und die Betriebskultur. Für Beschäftigte haben eine flexible Arbeitszeit und ein familienfreundliches Klima dabei die höchste Priorität. Obwohl drei Viertel aller Unternehmen Familienfreundlichkeit als wichtig einschätzen⁴, praktizieren nur knapp ein Viertel entsprechende Maßnahmen.

Wir wollen das ändern

Die betriebliche Interessenvertretung ist hier die erste Ansprechpartnerin. Sie kann entsprechend der differenzierten Bedürfnisse der Beschäftigten handeln. DGB und Gewerkschaften unterstützen sie dabei.

⁴Quelle: Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit, 2006

³Quelle: Statistisches Bundesamt, 2005

Gemeinsam mit den Mitgliedsgewerkschaften und weiteren Frauenverbänden startet der DGB die frauenpolitische Initiative „ICH BIN MEHR WERT!“ Sie dient als Aktionsplattform für Akteurinnen in der Frauen- und Gleichstellungspolitik. Thema ist der Dreiklang Entgeltgleichheit, Karrierechancen und Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Wer Gleichstellung ernst nimmt, muss Rahmen schaffen, in denen Frauen wie Männer sich frei entfalten können. Deutschland muss zu einer abgestimmten Strategie kommen, um Ungerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt zu beseitigen und Chancengleichheit zu gewährleisten.

„ICH BIN MEHR WERT“ ist eine Einladung an alle Frauen, mit vielfältigen Aktionen der Politik, den Unternehmen und der Öffentlichkeit zu sagen, was sie wollen.

Deutscher Gewerkschaftsbund
Bundesvorstand
Bereich Gleichstellungs- und Frauenpolitik

Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin

Tel: +49 (0)30-24 06 07 28
Fax: +49 (0)30-24 06 07 61

Email: gfr@dgb.de
www.dgb-frauen.de